

Dezember 2024

Aufschwung durch mehr unternehmerische Freiheit

Die zahlreichen Krisen der vergangenen Jahre haben tiefe Spuren hinterlassen. Die ökonomische Schwäche Deutschlands spiegelt sich auch in unserer Branche wider. Hinter uns liegen verlorene Jahre, in denen der unternehmerische Handlungsspielraum immer weiter eingeengt wurde. Es waren Jahre ohne Wachstum. In der Politik braucht es endlich Mut für ein entschlossenes Gegensteuern – **es ist Zeit zum Handeln.**

Der Einzelhandel braucht einen starken Wirtschaftsstandort mit Rahmenbedingungen, in denen wir unsere gesellschaftlichen Kernfunktionen verlässlich und effizient erbringen können. Als Versorger, Arbeitgeber und als Ort der sozialen Begegnung sind wir systemrelevant. Um angesichts dieser Verantwortung effizient und verantwortungsbewusst handeln zu können, brauchen wir eine Wirtschaftspolitik des Vertrauens in unsere unternehmerische Leistungs- und Innovationskraft. Es ist Zeit für eine Rückbesinnung auf die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft.

Die Bundesregierung muss den Rahmen so setzen, dass Freiheit und Anreize für Investitionen, für attraktive Innenstadtstandorte und nachhaltige Geschäftsmodelle gesetzt werden. Die Zukunftsfähigkeit unserer Branche entscheidet sich auf mehreren Handlungsfeldern, und sie entscheidet sich jetzt.

Handlungsfelder

Um erfolgreich zu sein, bedarf es einer Stärkung des Standorts Deutschland durch eine deutlich gestiegene Wettbewerbsfähigkeit. Überbordende Regulierungen hingegen führen zu Stagnation und in eine Abwärtsspirale.

Wettbewerbsfähigkeit gewinnen wir durch eine Rückkehr der unternehmerischen Freiheit und des Zutrauens von Politik ins Unternehmertum. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Nicht mehr Regeln sind das Ziel, sondern weniger und bessere Regeln sowie eine verlässliche Rechtsdurchsetzung. Dann können wir uns in einem fairen Wettbewerb mit guten Produkten, guten Preisen und guten Arbeitsbedingungen behaupten.

Digitalisierung und die Gewinnung von Fachkräften müssen dabei Hand in Hand gehen. Denn Menschen machen Unternehmen erfolgreich – als Fachkräfte und als Kunden. Der Handel ist nicht nur drittstärkste Wirtschaftskraft, sondern mit über drei Millionen Beschäftigten und über 150.000 Ausbildungsplätzen auch einer der größten Arbeitgeber und Ausbilder in Deutschland. Für einen zukunftsfähigen Strukturwandel muss die Politik auch für unsere Beschäftigten in den Zukunftsmodus schalten. Deswegen ist die Stärkung der Tarifautonomie so entscheidend.

Digitalisierung wiederum hilft uns, dem Fachkräftemangel zu begegnen und effizient zu wirtschaften.

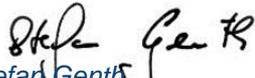
Um die Lebendigkeit und Vielfalt unserer Handelszentren zu erhalten, brauchen wir breiten politischen Rückenwind. Schnell, unkompliziert und effektiv. Denn jetzt entscheidet sich, wie unsere Städte künftig aussehen werden.

Chancen für einen kraftvollen Neustart

Ein starker Handel sorgt als verantwortungsvoller Akteur für Wachstum, Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Für uns gilt es, den aktuellen Herausforderungen mutig und mit nachhaltigen Lösungen zu begegnen. Die Vorschläge, Forderungen und Handlungsansätze dafür möchten wir mit Ihnen, den Abgeordneten der neuen Legislatur gerne diskutieren.

Unsere Branche blickt nach vorn. Es ist Zeit zum Handeln – jetzt!


Dr. Alexander von Preen
Präsident des HDE


Stefan Gentz
Hauptgeschäftsführer des HDE

I. Unternehmerische Freiheit sichern

Die unternehmerischen Handlungsspielräume wurden in den letzten Jahren durch den Gesetzgeber immer weiter eingeschränkt. Wohlmeinende und isoliert betrachtet sinnvolle neue Verbraucherschutzvorschriften und steuernde staatliche Eingriffe in die Lieferbeziehungen im B2B-Bereich mit dem Ziel, "faire, sozial und ökologisch verantwortungsvolle" Vertragsbeziehungen zu gewährleisten, haben die Vertragsfreiheit auf allen Ebenen unverhältnismäßig begrenzt.

Die Freiheit des Wettbewerbs wird durch die Eingriffe in die Vertragsautonomie zunehmend in Frage gestellt. Dabei ist die Gewährleistung der Wettbewerbsfreiheit nicht nur ein verfassungsrechtlicher Auftrag zur Sicherung der allgemeinen Handlungsfreiheit (Art. 2 GG), sondern auch eine Verpflichtung aus den EU-Verträgen (Art. 119 AEUV). Diese Vorgaben folgen der Erkenntnis, dass ein freier und funktionierender Wettbewerb Wohlstand schafft und damit nicht zuletzt auch den Verbrauchern zugutekommt.

Eingriffe in die Vertragsfreiheit führen zu Effizienzverlusten, können Marktstörungen verursachen und schaden im Ergebnis den Verbraucherinteressen. Selbst große gesellschaftliche Herausforderungen wie z. B. die Durchsetzung von Nachhaltigkeitszielen sind im Rahmen wettbewerblicher Lösungen eher und mit weniger finanziellem Aufwand zu realisieren als durch staatliche Wirtschaftslenkung.

Die kontinuierlich zunehmende Regulierungsintensität wird dagegen immer mehr zum Problem für den Wirtschaftsstandort Deutschland und den EU-Binnenmarkt. Die Politik muss daher den richtigen Rahmen setzen, damit die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, des europäischen Binnenmarkts, der unternehmerischen Freiheit sowie der Souveränität der Verbraucher wieder Beachtung finden. Dies kann nur durch einen konsequenten Verzicht auf neue Regulierung und eine ernstgemeinte Deregulierungskampagne auf nationaler und EU-Ebene erreicht werden.

Unsere Forderungen

- **Effiziente Rechtsdurchsetzung**
Rechtskonformes Verhalten im Geschäftsverkehr wird in Deutschland mit Abmahnung und Unterlassungsklage effizient, kostengünstig und bürokratiearm gewährleistet. Eine Erweiterung kollektiver Rechtsschutzinstrumente oder neue Möglichkeiten der öffentlich-rechtlichen Rechtsdurchsetzung sind nicht erforderlich.
- **Berichts- und Dokumentationspflichten reduzieren und harmonisieren**
Der Bürokratieabbau muss konsequent weiterverfolgt werden. Insbesondere sind Berichts- und Dokumentationspflichten abzubauen und in Bezug auf EU-Regulierungen zu harmonisieren.
- **Keine Eingriffe in die Lebensmittellieferkette**
Eingriffe in die Vertragsgestaltungsfreiheit beeinträchtigen den Wettbewerb, führen zu Effizienzverlusten, schaden der Verbraucherwohlfahrt und sind zudem ungeeignet, die Ertragssituation der Landwirte zu verbessern.
- **Preisgestaltungsfreiheit sichern**
Die Preisgestaltungsfreiheit der Unternehmen stellt ein Kernelement des freien Wettbewerbs dar. Einschränkungen durch regulierende staatliche Eingriffe beschränken den Wettbewerb und widersprechen daher den Verbraucherinteressen.
- **Autonome Verbraucherentscheidungen**
Eine freie Gesellschaft braucht Spielräume für autonome Entscheidungen aller Marktakteure einschließlich der Verbraucher. Staatliche Einschränkungen der Vertragsfreiheit der Verbraucher müssen daher immer dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit genügen.

EU-Politik auf Wettbewerbsfähigkeit & Technologieoffenheit strategisch ausrichten:

Der Binnenmarkt ist und bleibt die größte Errungenschaft der Europäischen Union. Nur mit ihm in seiner vollen Funktionsfähigkeit kann die EU im Wettbewerb mit den anderen Weltregionen bestehen.

Die nächste Bundesregierung ist, nach den Versäumnissen der vergangenen vier Jahre, gefordert, hier strategische nach vorne gerichtete Weichenstellungen in enger Abstimmung mit den europäischen Partnern vorzunehmen und als Gestalter die zukünftige Europapolitik unter das Vorzeichen der globalen Wettbewerbsfähigkeit zu stellen.

Dazu gehört die Schaffung eines *level playing field* bei unfairem Wettbewerb aus Drittstaaten genauso wie eine zukunftsgerichtete, kreislauforientierte EU-Textilstrategie, die die Komplexität globaler Lieferketten und Produktionsabläufe berücksichtigt. Territoriale Gebietsbeschränkungen im Binnenmarkt müssen konsequent abgebaut werden. Die Regulierung des Wettbewerbs im B2B-Bereich muss sich am Verbrauchernutzen orientieren.

In einer auf Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteten unternehmensfreundlichen EU

- ist der **Binnenmarkt** eine voll funktionsfähige Plattform für Handel, Verbraucher und Wachstum,
- werden die **Interessen der EU-Unternehmen** gegenüber internationalen Wettbewerbern gewahrt,
- wird **Nachhaltigkeit harmonisiert gedacht**, um sicherzustellen, dass Umweltaspekte und ökonomische Interessen im Einklang stehen und für eine langfristig gesunde Wirtschaft sorgen,
- wird bestehende und **zukünftige Regulierung auf das nötige Mindestmaß reduziert** und so gestaltet, dass sie für die Unternehmen und die Produktivität förderlich ist,
- wird Digitalisierung und eine **anwenderorientierte KI vorangetrieben** und für die Transformation der Wirtschaft genutzt,
- wird **EU-Rechtsetzung effizient, zusammenhängend und transparent** gestaltet,
- gibt es einen routinemäßigen **Wettbewerbsfähigkeits-Check**, bevor neue Regulierung vorgeschlagen wird,
- wird der **Abbau des Berichtswesens** auf das notwendige Minimum vorangetrieben, werden **EU-Vertragsverletzungen und Protektionismus** im Binnenmarkt konsequent **geahndet**.

II. Standort stärken, Kosten senken

Die Herausforderungen für den Standort Deutschland sind aktuell groß. Zuversicht muss wieder an die Stelle von Unsicherheit treten. Dazu kann eine verlässliche Wirtschaftspolitik beitragen, die auf Investitionen statt auf Regulierung setzt und für alle Unternehmen unabhängig von Branche, Größe und Region, bessere Rahmenbedingungen schafft und die strukturellen Probleme wirklich angeht und löst.

Standards in Bezug auf Produktsicherheit, Umwelt- und Verbraucherschutz müssen auch von Marktteilnehmern aus Drittländern eingehalten werden. Deutsche und europäische Unternehmen dürfen im Wettbewerb nicht benachteiligt werden, insbesondere nicht im eigenen Wirtschaftsraum, dessen Gestaltung die Politik in der Hand hat.

Deutschland braucht mehr Neugründungen und erfolgreiche Unternehmensnachfolgen. Die Zahl der Selbstständigen muss wieder steigen. Ohne junge Unternehmerinnen und Unternehmer wird Deutschland die Transformation in Richtung Digitalisierung und Klimaschutz nicht schaffen. Gründungs- und Nachfolgeprozesse müssen gefördert werden und einfach umsetzbar sein. Bereits an Schulen muss für Unternehmertum geworben werden. Wir fordern mehr Vertrauen in die Unternehmen.

Ein weiterer Schlüssel zum langfristigen Erfolg von Unternehmen und Voraussetzung für Wirtschaftswachstum sind gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es muss daher mehr in Bildung investiert werden. Zudem müssen die Arbeitskosten in Form der Sozialversicherungsbeiträge wieder unter die 40%-Grenze sinken. Insgesamt muss Deutschland sein Arbeitskräftepotential nutzen und braucht Menschen, die länger arbeiten sowie eine substantielle Zuwanderung von Arbeitskräften

Unsere Forderungen

- **Energiekosten senken: Stromsteuern für alle auf Minimum**
Standort Deutschland braucht bezahlbare Energiekosten. Die Reduzierung der Stromsteuer für Industrie sollte auf alle Branchen ausgeweitet werden.
- **Bürokratiekosten senken**
Angesichts schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen ist es von entscheidender Bedeutung, die Betriebe von Bürokratie zu entlasten und Spielräume für unternehmerisches Handeln zu eröffnen. Im Rahmen von weiteren Bürokratieentlastungsgesetzen sind schnell wirksame und umfassende Maßnahmen umzusetzen.
- **PV-Ausbau entbürokratisieren**
Es bedarf eines bundesweiten Kataloggeschäfts sowie bundeseinheitlicher Regelungen und Planungsvorgaben statt eines Flickenteppichs auf Landesebene.
- **Ladeleistung statt Ladepunkte**
Beim Ausbau von Ladeinfrastruktur darf nicht nur auf die schiere Anzahl der Ladepunkte gesetzt werden. Ladeleistung soll als alternative Erfüllungsmöglichkeit der Ausbaupflichten zugelassen werden.
- **Netzanschlüsse beschleunigen und Netzausbau vorantreiben**
Unternehmen brauchen Planungssicherheit für ihre Investitionen und es bedarf verbindlicher Fristen für Verteilnetzbetreiber sowie bundeseinheitlicher und netzbetreiberübergreifender Antragsverfahren.
- **Sozialversicherung: Beitragsbelastung begrenzen**
Der Faktor Arbeit darf im internationalen Vergleich nicht zu teuer werden, dies wirkt investitionshemmend und schreckt ausländische Fachkräfte ab.
- **Mobilität / Infrastruktur stärken**
Eine gut funktionierende Verkehrsinfrastruktur ist essenziell für die reibungslose Versorgung der Bevölkerung mit Gütern aller Art. Der allorts sichtbare Verschleiß insbesondere bei den Straßen und der Schiene gefährdet zunehmend die „Leichtigkeit des Verkehrs“. Dies gilt für den Lieferverkehr und

Kundenverkehr sowie die hochverdichteten Innenstädte wie auch ländlichen Räume gleichermaßen. Die prognostizierten Verkehrszunahmen können nur durch ein modernes Verkehrsnetz bewältigt werden.

- **Unternehmenssteuer reformieren**

Das Steuersystem muss den Unternehmen mehr Potenzial für Investitionen belassen. Die Steuerlast der Unternehmen sollte dringend sinken, insbesondere auch die Steuern auf einbehaltene Gewinne von Personenunternehmen. Für lebendige Innenstädte muss bei der Gewerbesteuer die Hinzurechnung von gezahlten Mieten und Pachten zum steuerpflichtigen Gewerbeertrag abgeschafft werden. Dies belastet insbesondere innerstädtische Einzelhändler mit hohen Mieten und kann zu Steuerzahlungen in Verlustjahren führen.

III. Innenstädte vitalisieren

Die Innenstädte sind nicht nur das emotionale „Herz der Stadt“. Sie garantieren durch die Versorgungsdichte und -qualität des Handelsangebots den Großteil der Versorgung der Bevölkerung mit Waren aller Art. In Bezug auf die optimale funktionale Mischung, die städtebauliche Qualität, die Erreichbarkeit mit allen Verkehrsträgern und eine hohe Aufenthaltsqualität bestehen derzeit jedoch in vielen Innenstädten Defizite. Diese gilt es durch Förderung, Mobilisierung von privatem Kapital und zielgerichteten Maßnahmen abzubauen, um den Transformationsprozess hin zu attraktiven, klimagerechten und resilienten Innenstädten zu ermöglichen.

Unsere Forderungen

- **Sonder-AfA Innenstädte**
Neben der staatlichen Förderung muss das private Kapital durch ein Sonderabschreibungsprogramm für Innenstädte mobilisiert werden. Mit diesem Programm für Abschreibungen auf Investitionen in den Innenstädten kann ein entscheidender Impuls für die Zukunft der Innenstädte gegeben werden.
- **Innerstädtische Gründerzentren**
Die jahrzehntelange Erfolgsgeschichte der kommunalen Gründerzentren muss in die Innenstädte adaptiert werden. Somit können gleichzeitig Existenzgründer im Handel unterstützt, Arbeitsplätze geschaffen, der Branchenmix und die Attraktivität erhöht sowie bestehende Leerstände abgebaut werden.
- **Infrastruktur/Erreichbarkeit/Stadtumbau**
Der Mobilitätswandel und die veränderte Körnung des Modal Split müssen in den Städten intelligent gesteuert werden, wobei die individuellen städtischen Gegebenheiten der Maßstab sinnvoller Maßnahmen sind. Oberste Prämisse ist die jederzeit gute Erreichbarkeit der Innenstädte während des gesamten Prozesses.
- **Investitionen für gute öffentliche Räume**
Ein attraktiver öffentlicher Raum ist ein Garant für eine hohe Aufenthaltsqualität. Die Schaffung und Erhaltung ist eine der anstehenden Kernaufgaben, um die Zukunftsfähigkeit der Innenstädte zu sichern. Dabei ist die enge Abstimmung mit den Interessen des Handels – und damit mit dem Hauptfrequenzbringer – unumgänglich.
- **Sichere Innenstädte: Kriminalität bekämpfen (insbes. Ladendiebstahl)**
Innenstädte müssen sich durch ein Höchstmaß an städtebaulicher Güte, Sauberkeit und Sicherheit auszeichnen. Letzteres ist eine Grundvoraussetzung für einen unbeschwerten Aufenthalt für Jung und Alt – subjektiv wie objektiv. Die Ressourcen zur Verbesserung der Sicherheit in Innenstädten sowie zur Bekämpfung von Ladendiebstahl müssen daher erheblich aufgestockt werden.
- **Erhalt eigenständiger Struktur Bauministerium/Beirat Innenstadt**
Neue Fragen der städtischen Klimaresilienz, des (inner-)städtischen Mobilitätswandels und einer neuen funktionalen Durchmischung müssen durch ein eigenständiges Bauministerium beantwortet und durch eine angemessene Rahmensetzung gelöst werden. Der Beirat Innenstadt ist als übergreifendes Beratungsgremium mit zielgerichteten Empfehlungen bewährt und unerlässlich.
- **Sonntagsöffnung ermöglichen**
Um Innenstädte attraktiv zu halten, sind gelegentliche, aber verlässliche Sonntagsöffnungen im stationären Einzelhandel mit Verkaufspersonal wichtig.

IV. Fachkräfte

Die Herausforderungen für den Standort Deutschland sind aktuell groß. Unsicherheit ist angesichts von Krisen zum Dauerzustand geworden. Die Unternehmen sind aufgrund hoher Kosten, steigender Belastungen durch immer neue Regulierung und der Anforderungen an die Transformation in Richtung Digitalisierung und Klimaschutz, vielfach am Rande ihrer Belastungsfähigkeit. Bei den Bürgerinnen und Bürgern kommt die Sorge um die konjunkturelle Entwicklung und den Arbeitsplatzverlust hinzu. In dieser Situation brauchen wir eine starke Wirtschaftspolitik für alle Unternehmen unabhängig von Branche, Größe und Region, um die strukturellen Probleme wirklich angehen und lösen zu können.

Der Einzelhandel leistet als einer der größten Arbeitgeber und Ausbilder in Deutschland heute und morgen einen wesentlichen Beitrag zum Wohlstand des Landes. Die beiden Kernberufe im Einzelhandel „Kaufleute im Einzelhandel“ und „Verkäufer“ – gehören jedes Jahr zu den beliebtesten Ausbildungsberufen in Deutschland.

Der Einzelhandel bildet darüber hinaus hochqualifizierte Fach- und Führungskräfte in 60 Berufen aus. Mit dem Ausbildungsberuf „Kaufleute im E-Commerce“ und der Fortbildung „Fachwirte im E-Commerce“ setzt die Branche national und international Maßstäbe. Damit die Branche auch morgen noch ausreichend Nachwuchs findet, muss die Attraktivität der beruflichen Bildung mit ihren guten Karrieremöglichkeiten deutlicher hervorgehoben werden.

Außerdem braucht es eine konsequente Optimierung von Familie und Beruf – Deutschland muss endlich auch Weltmeister bei der Kita-Betreuung werden wollen. Ein modernes Arbeitszeitrecht sowie eine effektive und unbürokratische Vermittlung von Flüchtlingen sind ebenso unerlässlich, wie mehr Mut zur Digitalisierung und weniger Berichts- und Dokumentationspflichten im Arbeitsverhältnis.

Unsere Forderungen

- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf optimieren**
Betreuungsangebote (Kita, Ganztagschulen, Pflege etc.) an allen Werktagen auch nach 17 Uhr (inklusive Samstage) müssen zum Standard werden.
- **Arbeitszeitflexibilisierung ermöglichen (Wochenarbeitszeit)**
Spielräume des EU-Rechts nutzen und einen Wechsel von der täglichen zur wöchentlichen Arbeitszeit direkt im Arbeitszeitgesetz ermöglichen.
- **Handel als Integrationsmotor: Vermittlung in der Fläche verbessern**
Für eine filialisierte Branche ist es wichtig, dass die Vermittlung nicht nur an Großstandorten funktioniert, sondern auch in dünnbesiedelten Regionen.
- **Steuerliche Anreize für mehr Arbeit**
Erwerbsbeteiligung von Frauen durch Überführung der Kombination aus den Steuerklassen III und V in das Faktorverfahren der Steuerklasse IV fördern.
- **Berufliche Bildung stärken**
Attraktivität der dualen Berufsausbildung stärken, digitale Beratungsangebote ausbauen und Berufsorientierung an allen allgemeinbildenden Schulen durchführen.

V. Tarifautonomie

Die Ursache für die rückläufige Tarifbindung über alle Branchen hinweg ist in Deutschland vor allem der verringerte Gestaltungsspielraum für Tarifvertragsparteien aufgrund einer weiter zunehmenden gesetzlichen Regulierung.

Dies gilt vor allem für die rein politisch motivierte, sprunghafte Mindestlohnhebung auf zwölf Euro im Jahr 2022, die gänzlich ohne Beteiligung der unabhängigen Mindestlohnkommission durchgesetzt wurde. Mit Blick auf die Tarifbindung war dies fatal und darf sich so nicht mehr wiederholen. Die Arbeit der unabhängigen Mindestlohnkommission hat sich bewährt, sie orientiert sich bei der Empfehlung zur Mindestlohnanpassung alle zwei Jahre nachlaufend an der Tarifentwicklung (§ 9 Abs. 2 MiLoG).

Es muss Aufgabe und das Selbstverständnis der Sozialpartner sein, die Tarifverträge immer wieder aktuellen Herausforderungen anzupassen und dabei - frei von staatlicher Einflussnahme - einen für beide Seiten tragfähigen Kompromiss für eine ganze Branche auszuhandeln. Mehr staatliche Einflussnahme ist hierzu nicht hilfreich, sondern in höchstem Maße kontraproduktiv. Die Tarifvertragsparteien benötigen wieder ausreichend Gestaltungsspielraum, um in Zeiten des digitalen Wandels attraktive Tarifverträge anbieten zu können.

Unsere Forderungen

- **Koalitionsfreiheit erhalten: Mehr Gestaltungsfreiräume für Tarifpartner schaffen**
Durch Öffnungsklauseln im Gesetz können neue Spielräume für Tarifgestaltungen eröffnet werden, die die Attraktivität von Tarifbindung fördern.
- **Unabhängige Mindestlohnkommission respektieren**
Die unabhängige Mindestlohnkommission hat sich bewährt, sie orientiert sich bei der Empfehlung nachlaufend an der Tarifentwicklung.
- **Keine Erleichterung der AVE-Voraussetzungen**
Eine Lockerung der gesetzlichen Voraussetzungen für eine AVE lehnt der HDE als ungerechtfertigten Eingriff in die negative Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG) strikt ab.

VI. Innovation

Der deutsche Handel steht vor gewaltigen Herausforderungen: Der Mangel an Fachkräften, die rasante Digitalisierung und der Druck zu mehr Nachhaltigkeit verlangen nach innovativen Lösungen. Technologien können Herausforderungen wie den Fachkräftemangel abmildern und neue Geschäftsmodelle für Händler eröffnen. Damit diese neuen Konzepte florieren können, braucht es einen klaren regulatorischen Rahmen, der Innovation fördert und faire Bedingungen im Binnenmarkt und der Plattformökonomie sichert. Gleichzeitig ist ein praxisnaher Datenschutz nötig, der Unternehmen die Umsetzung erleichtert und Vertrauen schafft. In Zeiten von Polykrisen wird Cybersecurity immer essenzieller, um die digitale Sicherheit der Händler und ihrer Kunden zu gewährleisten. Durch gezielte Digitalförderung unterstützen wir den Mittelstand bei der Transformation. Mit intelligenten und ressourcenschonenden Modellen fördern wir den Weg zu einem nachhaltigeren Handel. Jetzt ist der Zeitpunkt aktiv zu werden und mit dem Handel die Wirtschaft zukunftssicher zu machen.

Unsere Forderungen

- **Arbeitskräftemangel entgegenwirken: Technologie/Automatisierung nutzen (Smartshops)**
Digitale Minimärkte können Nahversorgung sichern, indem sie gänzlich ohne Personal auskommen und die Sonn- und Feiertagsruhe nicht unverhältnismäßig stören.
- **Rahmenbedingungen für neue Technologien gewährleisten**
Innovationsfreundliche Regulierung fördern, um digitale Lösungen im Handel zu stärken und KMUs zu unterstützen. Insbesondere darf der Einsatz neuer Technologien, z.B. im Bereich der KI und Gen AI, nicht durch eine zu starke Regulierung eingegrenzt werden.
- **Fairer Wettbewerb in der Plattformökonomie sicherstellen**
Gleiche Bedingungen für alle Marktteilnehmer schaffen und Regulierungen wirksam vollziehen.
- **Praktikablen und effizienten Datenschutz gewährleisten**
Datenschutzlösungen fördern, die leicht umsetzbar und wirtschaftlich für Unternehmen sind.
- **Cybersecurity**
Robuste Sicherheitsstandards schaffen, um Handel und Kundendaten effektiv vor digitalen Bedrohungen zu schützen.
- **Mittelstandsoffensive für Digitalisierung**
Zielgerichtete Förderung und Schulungen, um KMUs fit für die digitale Transformation zu machen. Mittelstand-Digital Zentrum Handel erhalten!
- **Intelligente Modelle für mehr Nachhaltigkeit**
Ressourcenschonende Technologien und datensparsame Prozesse im Handel fördern, um Umweltbelastungen zu reduzieren.
- **Investitionsoffensive fördern**
Die notwendigen Investitionen in Digitalisierung, Klimaschutz und moderne Konzepte sowohl im stationären Einzelhandel unserer Innenstädte als auch im digitalen Handel sind durch Sonderabschreibungsmöglichkeiten zu fördern.